

Verloren, verarmt, verdrängt

Von *Anna Reimann* und *Anne Seith*

Neue Studie, alter Befund: 6,5 Millionen Deutsche leben einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge in Armut, haben resigniert. Das Entsetzen in der Politik ist groß - aber gespielt. Experten warnen seit Jahren vor wachsender Armut und Frustration.

Hamburg - Kurt Beck sprach von "Unterschicht". Frank Karl von der Friedrich-Ebert-Stiftung hat in seiner Studie einen etwas wissenschaftlicher klingenderen Begriff gewählt, der freilich kaum freundlicher klingt: "abgehängtes Prekariat". Acht Prozent der Deutschen gehören zu dieser Gruppe, hat der Volkswirt berechnet - betrachtet man allein die neuen Bundesländer sind es sogar 20 Prozent. Insgesamt 6,5 Millionen Menschen.

Die Untersuchung, die eigentlich erst in mehreren Wochen unter dem Titel "Gesellschaft im Reformprozess" erscheint, sorgt jetzt schon für hitzige Diskussionen. Nicht nur wegen der Wortwahl; auch das Bild, das die Studie von den Betroffenen zeichnet, sorgt für Entsetzen.

Denn das Prekariat hat mit durchschnittlich rund 424 Euro im Monat nicht nur unterdurchschnittlich wenig Geld zur Verfügung. Schulden, geringe Bildung aber auch mangelnder familiärer Rückhalt und ein Hang zu autoritären politischen Verhältnissen seien typische Probleme, so die Ergebnisse der Untersuchung.

Arm ist relativ

Mit 3000 Befragten sei die Untersuchung die breiteste in den letzten Jahren, sagt Autor Karl im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. Die Ergebnisse belegen das, wovor Ökonomen und Sozialwissenschaftler seit langem immer wieder warnen. Nur dass zuvor kein Wissenschaftler solch harte Begriffe benutzt hat wie Karl.

Schon der im vergangenen Jahr veröffentlichte zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erklärte, der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze sei seit 1998 von 12,1 auf 13,5 Prozent gestiegen. Jeder achte Haushalt war demnach betroffen. Insgesamt elf Millionen Menschen.

24 Prozent der Migranten gehörten zu dieser Gruppe, bei den Alleinerziehenden waren es über ein Drittel, so die weitere Schreckensbilanz. Und: Die Unterschiede zwischen Reich und Arm sind stark gewachsen. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte teilten sich rund 47 Prozent des Privatvermögens, ein Zuwachs von rund zwei Prozent seit 1998. Die Zahl der verschuldeten Haushalte nahm von 2,77 auf 3,13 Millionen zu.

Als arm galten in der Studie all diejenigen, deren Einkommen bei weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens lag - also unter 938 Euro. Grundlage für den Armutsbericht waren Daten von 2003 - doch seitdem ist es nicht besser geworden. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kam wenige Monate nach der Bundesregierung aufgrund von Zahlenmaterial aus dem Jahr 2004 bei der gleichen Berechnungsmethode auf 16 Prozent Arme in Deutschland - nach 11,5 Prozent im Jahr 1999. 2005 waren es dem Institut zufolge schon 16,5 Prozent. Und in den neuen Bundesländern waren den DIW-Forschern zufolge sogar 21,5 Prozent arm.

"All solche Berechnungen sind natürlich relativ", erklärt Martin Werding, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Arbeitsmarkt beim Ifo-Institut in Berlin: "Was wir als 'arm' ansehen hat im Vergleich zu anderen Ländern sogar etwas Zynisches." Immerhin werde der Armutsbegriff im Verhältnis zum Durchschnittseinkommen des Landes definiert.

Trotzdem zeigen alle Studien zum Thema eine beunruhigende Entwicklung, wie viele Wissenschaftler bestätigen: Die Schere zwischen Arm und Reich geht etwa seit dem Jahr 2000 auch in Deutschland weiter auf. Der Osten fällt immer weiter zurück. Und: In Deutschland gibt es besonders viele Langzeitarbeitslose, "und je nach Berechnungsmethoden sind 40 bis 75 Prozent gering qualifiziert", erklärt Werding. Auch Waltraut Peter vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft in Köln bestätigt: "Bildungsarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind typisch deutsche und sehr extreme Probleme. Das weiß man schon lange."

Extreme Sozialausgaben, miese Verhältnisse

Die jüngste Studie des Berliner Think-tank "berlinpolis" und der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung passt in dieses Bild. In kaum einem anderen Land gebe es so viele Arbeitslose mit niedrigem Bildungsstand wie in Deutschland, erklären die Forscher darin. "Die Gefahr, in Deutschland in Armut abzurutschen, ist größer als in anderen europäischen Ländern", erklärt der Autor der Studie, Jeppe Fisker Jørgensen. Die Maschen des sozialen Netzes seien hierzulande schlicht größer als anderswo.

Die Studie offenbart auch eine paradoxe Tatsache: Während der Staat in Deutschland extrem hohe Sozialausgaben hat - sie entsprechen rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts - sind die Verhältnisse unterdurchschnittlich schlecht. In einem Sozialranking von 24 Staaten kommt Deutschland so mit Rang 21 extrem schlecht weg.

Auch die bedenklichen politischen Einstellungen in weiten Teilen der Bevölkerung, die die Friedrich-Ebert-Stiftung jetzt feststellte, ist eigentlich keine große Neuigkeit. Immer mehr Menschen seien von der Demokratie enttäuscht, hieß es erst kürzlich bei der Vorstellung des Datenreports 2006, den unter anderem das Statistische Bundesamt und die Bundeszentrale für Politische Bildung gemeinsam erarbeiten. Demnach hielten in den neuen Bundesländern 2005 nur noch 38 Prozent der Menschen die Demokratie für die beste Staatsform in Deutschland.

So sind die Schlussfolgerungen, die Karl nach eineinhalbjähriger Forschungsarbeit zieht, eigentlich erwartbar - wie er auch selbst einräumt. Wirklich entsetzt habe ihn aber das Ausmaß der Resignation innerhalb des sogenannten Prekariats, erklärt der Wissenschaftler. "Diese Menschen fühlen sich als Verlierer, im gesellschaftlichen Abseits", sagt Karl. "Und das Schlimmste ist: Auf die Frage, ob es den Kindern wohl einmal besser ergehen werde, antworten die meisten mit Nein."

URL:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,442859,00.html>

ZUM THEMA AUF SPIEGEL ONLINE:

Unterschicht-Debatte: Die SPD scheut das U-Wort (16.10.2006)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,442875,00.html>

Wachstum: Forscher korrigieren Prognose nach oben (16.10.2006)
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,442881,00.html>

Managergehälter: 175 Prozent Plus für den Vorstand (16.10.2006)
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,442838,00.html>

Armut in Deutschland: Koalition entdeckt die Unterschicht (16.10.2006)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,442819,00.html>

Große Koalition: Drastischer Mitgliederschwund bei SPD und CDU (16.10.2006)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,442712,00.html>

Gesundheitsreform: Kritik an der "Alibiveranstaltung" (16.10.2006)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,442717,00.html>

Kohls Souffleure: Die graue Effizienz im Kanzleramt (16.10.2006)
<http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,442774,00.html>

© SPIEGEL ONLINE 2006

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH